

10420/AB
Bundesministerium vom 08.06.2022 zu 10678/J (XXVII. GP)
bmj.gv.at
Justiz

Dr. ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.269.865

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)10678/J-NR/2022

Wien, am 8. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen haben am 08. April 2022 unter der Nr. **10678/J-NR/2022** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Schutz ukrainischer Kinder vor Menschenhändlern“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Sind Ihrem Ministerium bereits Fälle von Menschenhandel in Österreich im Zusammenhang mit geflohenen ukrainischen Minderjährigen bekannt?*
 - a. *Wenn ja, wie viele Fälle wurden registriert?*
 - b. *Wenn ja, gegen wen und aus welchem relevanten Verdacht wird ermittelt?*
 - c. *Wenn ja, welche Maßnahmen wurden gesetzt, um Fälle von Menschenhandel in der aktuellen Situation hintanzustellen und geflüchtete ukrainische Minderjährige zu schützen?*

Dem Bundesministerium für Justiz (BMJ) sind bislang keine Fälle von Menschenhandel in Österreich im Zusammenhang mit geflohenen ukrainischen Minderjährigen bekannt geworden.

Zur Frage 2:

- *Wurde hinsichtlich möglicher Fälle in Österreich oder aufgrund der berichteten Vorkommnisse aus anderen Staaten bereits eine Task-Force, Arbeitsgruppe oÄ seitens Ihres Ministeriums eingerichtet?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*
 - b. *Wenn ja, welche konkreten Ergebnisse konnten bereits erzielt werden?*

Das BMJ ist aktives Mitglied der dauerhaft eingerichteten Task Force Menschenhandel, welche durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten koordiniert und geleitet wird. Die anfragegegenständliche Thematik wurde in der Task Force Menschenhandel bereits erörtert.

Thematisiert wurden im Rahmen der Task Force Menschenhandel insbesondere spezifische Präventionsmaßnahmen zur Thematik (es bestehen bereits Initiativen der Opferschutzeinrichtung LEFÖ sowie des BMI/BK). Solche präventiven Maßnahmen liegen jedoch nicht im Zuständigkeitsbereich des BMJ.

Zur Frage 3:

- *Arbeitet Ihr Ministerium hinsichtlich möglicher Fälle in Österreich oder aufgrund der berichteten Vorkommnisse aus anderen Staaten mit anderen Staaten zusammen?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*
 - b. *Wenn ja, seit wann?*
 - c. *Wenn ja, mit welchen Staaten arbeitet Ihr Ministerium zusammen?*
 - d. *Wenn ja, wie sieht dieses Zusammenarbeit konkret aus?*
 - e. *Wenn ja, zu welchen konkreten Erkenntnissen gelangte die Zusammenarbeit bereits?*

Bislang sind dem Bundesministerium für Justiz keine Fälle über angefragte oder erfolgte Rechtshilfe im Zusammenhang mit Menschenhandel, bezogen auf geflohene ukrainische Minderjährige, bekannt geworden. Auf internationaler Ebene habe ich das Thema sowohl mit dem Direktor der European Union Agency for Fundamental Rights als auch mit der UN-Sonderbeauftragten zu Gewalt gegen Kinder angesprochen und Unterstützung zugesagt, falls solche benötigt wird.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

